



Rede

des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales

des Landes Nordrhein-Westfalen

Guntram Schneider

anlässlich der Fachtagung Migrationsleitbild

am 11.05.2011

in Münster

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede und Begrüßung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lewe
(Oberbürgermeister der Stadt Münster),
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Hermans-Vloedbeld
(Bürgermeisterin der Stadt Almelo),
sehr geehrter Herr Marinos
(Vorsitzender des Integrationsrats Münster),
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir immer eine besondere Freude nach Münster zu kommen, in die Stadt des Westfälischen Friedens.

Ganz herzlich grüße ich auch die Gäste aus den Niederlanden, die zu dieser grenzüberschreitenden Konferenz gekommen sind.

Ich selbst habe einige Jahre hier gelebt und verbinde mit dieser Stadt viele persönliche und berufliche Erinnerungen.

Es gibt viele gute Gründe, die Stadt Münster zu besuchen.

Münster ist nicht nur ein hervorragender, national und international anerkannter Wissenschaftsstandort und ein bedeutender Verwaltungssitz: Münster ist auch eine Stadt der Integration und der gelebten Interkulturalität.

Das zeigen schon die Daten des nordrhein-westfälischen Integrationsmonitorings über die Menschen mit Migrationshintergrund.

Danach leben in der Stadt 55.000 Menschen, die entweder selbst im Ausland geboren wurden oder ein Elternteil haben, das außerhalb Deutschlands geboren wurde und zugewandert ist.

Legt man diese Definition zugrunde, dann haben über 20 Prozent der hier lebenden Menschen einen Migrationshintergrund.

Anders formuliert: Jeder fünfte Münsteraner und jede fünfte Münsteranerin hat Wurzeln im Ausland, darunter viele Aussiedler und Spätaussiedler.

Für diese Menschen aktiv Verantwortung zu übernehmen, sie zu unterstützen, einzubinden und – wo nötig – zu aktivieren, ist Aufgabe und Ziel der Integrationspolitik auf allen Ebenen.

Diese Aufgabe ruht im föderalen System der Bundesrepublik auf mehreren Schultern:

- der Bund etwa ist für die Erstintegration und die Integrationskurse verantwortlich,
- das Land trägt Verantwortung für die nachholende Integration mit einem besonderen Schwerpunkt auf der vorschulischen und schulischen Bildung.

Ob Integration tatsächlich gelingt oder ob sie scheitert, das entscheidet sich in der Kommune, das entscheidet sich vor Ort.

In den Städten und Gemeinden, in den Stadtteilen und Nachbarschaften wird Integration konkret. Nur wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Ausgleich vor Ort gesichert ist, kann Integration gelingen.

In Nationalen Integrationsplänen (NIP) und im Bundesweiten Integrationsprogramm (BIP), wie sie in Berlin erdacht werden, mag viel Richtiges und Gutes stehen. Oft finden sich dort aber auch nur Ankündigungen und Lippenbekenntnisse, deren Nutzen zweifelhaft ist.

Eine Kommune, die Integration als ihre Kernaufgabe begreift, kann sich so ein Vorgehen nicht leisten. Sie muss mehr bieten als schöne Worte, sie muss tatkräftig handeln.

Integrationspolitik in Münster

Die Stadt Münster hat das getan: hier ist viel für ein gutes Miteinander, für eine verbesserte Struktur – und trägerübergreifende Integrationsarbeit und die Förderung des interkulturellen Dialogs getan worden.

Die Integrationspolitik und die Flüchtlingspolitik der Stadt haben Anerkennung gefunden.

Dafür steht auch das im Jahr 2008 vom Rat der Stadt verabschiedete Leitbild „Migration und Integration Münster“, das im Konsens der Stadtgesellschaft und im Dialog von Verwaltung, Ausländerbeirat, Verbänden und Migrantenselbstorganisationen entwickelt und mit Leben gefüllt wurde.

Ich füge hinzu: die Stadt Münster hat es aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kraft natürlich auch leichter als manch andere Stadt!

Integration braucht den Austausch mit unseren Nachbarn

Integration braucht aber auch den regelmäßigen und grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch. Man muss immer bereit sein, über den Tellerrand zu blicken.

Wie kaum eine andere Stadt pflegt Münster den integrationspolitischen Austausch mit den Niederlanden.

Dafür steht nicht nur das Projekt „Migrationsleitbild“ gemeinsam mit der Stadt Almelo, das uns heute auf dieser Konferenz zusammenführt.

Münster führt seit Jahren grenzüberschreitende Integrationsprojekte mit Partnerstädten in den Niederlanden durch.

Die Ergebnisse dieser Projekte wurden wissenschaftlich evaluiert, veröffentlicht und immer breit kommuniziert.

Auch heute am Nachmittag werden ja wieder Wissenschaftler und Experten der Universitäten Münster und Twente über die Projektergebnisse berichten.

Wer wissen will, was in den Niederlanden im Bereich der Integration passiert, was dort besser läuft als in Deutschland, und was dort vielleicht schlechter läuft, der findet in Münster kompetente Ansprechpartner. Dieses Wissen nutzen auch meine Mitarbeiter im Ministerium immer wieder gerne.

Diese Bereitschaft zum grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch ist nicht selbstverständlich. Aber sie hilft uns dabei, nicht im eigenen Saft zu schmoren, sondern offen zu sein für die Erfahrungen anderer.

Auch aus diesem Grund bin ich gerne heute zu dieser Tagung gekommen, und freue mich, gleich auch noch einige der Vorträge hören zu können.

Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen

Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung will in der Integrationspolitik neue Wege gehen.

Eines unserer zentralen Projekte ist ein Integrationsgesetz. Das gibt es bisher nur in Berlin. Nordrhein-Westfalen will das erste Flächenland sein, das Integration als Aufgabe gesetzlich verankert.

Lassen Sie mich nur kurz einige Beispiele für unsere aktuellen Überlegungen nennen:

- Wir wollen die Landesverwaltung interkulturell öffnen, und den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund deutlich erhöhen.
- Wir wollen die Kommunen als zentralen Ort der gesellschaftlichen Integration stärken, indem wir die RAA weiter entwickeln und ausbauen
- Wir wollen die Selbstorganisationen der Menschen mit Migrationshintergrund stärken. Ich möchte starke Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, die sich selbstbewusst in diese Gesellschaft und unsere gemeinsamen politischen Diskussionen einbringen!

Zurzeit laufen Gespräche zum Gesetzentwurf auf Ebene der im Landtag vertretenen Fraktionen. Im Anschluss daran wird eine Kabinettdiskussion erfolgen mit dem Ziel, die Verbändeanhörung durchzuführen.

Hierzu soll der Gesetzentwurf den Kommunalen Spitzenverbänden, den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den Sozialpartnern und weiteren gesellschaftlichen Gruppen sowie den landesweit agierenden Organisationen der Menschen mit Migrationshintergrund zur Stellungnahme zugeleitet werden.

Eine landesweit breite Beteiligung an dem Gesetzesvorhaben entsprechend der gesamtpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Themas Integration soll in jedem Fall gewährleistet sein.

Abschließende Bemerkung

Ich wünsche Ihnen – den hier versammelten Expertinnen und Experten aus Deutschland und den Niederlanden - eine anregende und informative Konferenz.

Ich bin sicher, dass nicht nur Münster und Almelo, sondern auch Nordrhein-Westfalen und die Niederlande von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund profitieren.

Ich danke Ihnen.